

November 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Große Besorgnis über Geschehnisse im Nahen Osten.....	5
Geteiltes Echo auf israelische Reaktion, Schonung der Zivilbevölkerung als Maßstab	6
Verantwortlichkeiten für Lage der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen	7
Mehr als jeder Zweite sieht ausbreitenden Antisemitismus in Deutschland	7
Regierungsbewertung: Unzufriedenheit weiter auf hohem Niveau	8
Politikerzufriedenheit: Merz knapp vor Scholz	9
Sonntagsfrage: FDP unterhalb der Mandatsschwelle	10
Gut jeder Dritte bewertet geplante Wagenknecht-Partei wohlwollend.....	12
Studieninformation.....	15

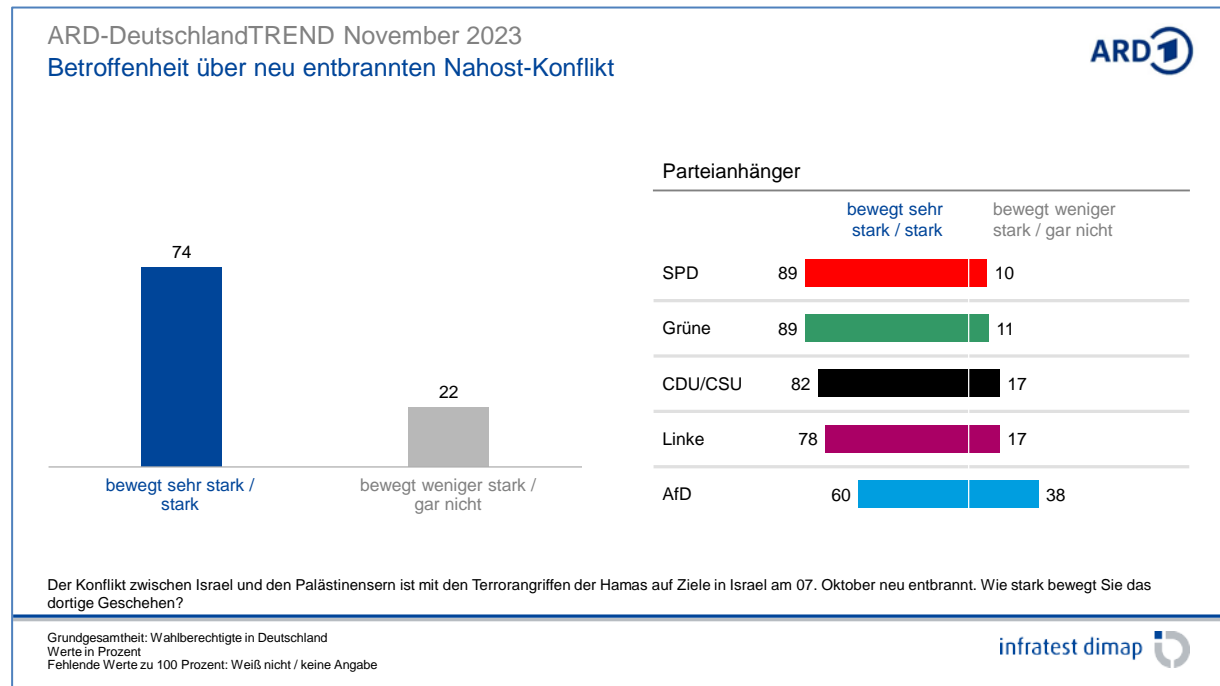
Zusammenfassung

Mit dem Terrorangriff der islamistischen Hamas vom 07. Oktober ist der israelisch-palästinensische Konflikt neu entbrannt. Die Ereignisse vor Ort sehen die Bundesbürger mit großer Besorgnis. Drei Viertel der Deutschen geben an, die aktuellen Geschehnisse im Nahen Osten würden sie sehr stark oder stark bewegen. Acht von zehn machen sich große Sorgen um die von der Hamas entführten Geiseln. Zwei Drittel sind besorgt über die Lage der israelischen Zivilbevölkerung, sieben von zehn über die Situation der Palästinenser. Gleichzeitig fürchten acht von zehn eine regionale Ausweitung des Konfliktes. Die militärische Reaktion Israels auf die Terroranschläge der Hamas bewerten 35 Prozent als angemessen, vier von zehn geht der Gegenschlag der israelischen Armee hingegen zu weit. Prioritär ist aus Sicht der Deutschen eine größtmögliche Schonung von Zivilisten im Kampfgebiet. Dass Militäraktionen gegen die Hamas selbst dann gerechtfertigt sind, wenn davon die palästinensische Zivilbevölkerung mitbetroffen ist, findet keine Mehrheit. Von einer Verantwortung für die aktuell schwierige Lage der Zivilbevölkerung im Gazastreifen sprechen die Deutschen keine der Konfliktparteien frei. Gut drei Viertel der Wahlberechtigten sehen die Terrororganisation Hamas als verantwortlich für die Lage vor Ort an. Aber auch Israel wird von fast sechs von zehn für die momentane Situation der Bevölkerung in Gaza in die Pflicht genommen.

Die innenpolitische Situation in Deutschland ist nach wie vor geprägt durch eine massive Unzufriedenheit mit den Berliner Regierungsleistungen. Ein knappes Viertel der Wahlberechtigten äußert sich wohlwollend zur Arbeit der Bundesregierung, drei Viertel üben Kritik. Abgesehen von Verteidigungsminister Pistorius sehen sich alle Spitzenpolitiker der Ampel-Parteien weiterhin mehrheitlich negativen Urteilen ausgesetzt. Angesichts der fortgesetzten Unzufriedenheit mit der Regierung bleiben Union und AfD in der bundespolitischen Stimmung im Vorteil. Die CDU/CSU liegt in der Sonntagsfrage mit 30 Prozent (+2) weiterhin an erster, die AfD mit 22 Prozent (+/-0) an zweiter Stelle. Die Sozialdemokraten hätten unverändert 16 Prozent in Aussicht, die Grünen weiterhin 14 Prozent. Die FDP würde mit 4 Prozent (-2) derzeit an der Mandatsschwelle scheitern. Die Linke könnte mit 5 Prozent (+1) rechnen. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 9 Prozent (-1), darunter die Freien Wähler mit 3 Prozent.

Nach der Ankündigung von Sahra Wagenknecht zur Gründung einer eigenen Partei steht das hiesige Parteiensystem vor der Bildung einer mit nationalem Anspruch antretenden politischen Formation, die sich – für die Bundesrepublik ein Novum – um eine einzelne Person gruppiert. Dass eine neue Partei unter Führung von Sahra Wagenknecht für die Politik in Deutschland gut sei, ist eine Meinung, die jeder Dritte vertritt. Zugleich käme für knapp drei von zehn die Wahl der Partei grundsätzlich in Frage. Mobilisieren will das Wagenknecht-Projekt vornehmlich bestehende Unzufriedenheiten. Tatsächlich findet das Vorhaben im Lager der von der Regierungspolitik Enttäuschten große Sympathien. Wahlberechtigte im Osten der Republik sind empfänglicher für die Wahl einer Wagenknecht-Partei als Bürger im Westen. Ebenso signalisieren Anhänger der sonstigen Parteien und der Linken, vor allem aber der AfD, eine überdurchschnittliche Offenheit zur möglichen Unterstützung der Partei. Auch die Nachfrage zu den Gründen für eine mögliche Wahl der geplanten Parteigründung unterstreicht die Bedeutung verbreiteten Unmuts für den Erfolg bzw. Misserfolg des Projekts. An erster Stelle wird allgemeine Enttäuschung gegenüber den anderen Parteien benannt. Thematisch hat die Migrationspolitik großen Stellenwert, gefolgt von der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Fragen der deutschen Außen- und Ukraine-Politik. Für fast drei von zehn liefert die Person Wagenknecht selbst das zentrale Argument. Jeder Neunte begründet seine Sympathien für das Parteiprojekt mit erwarteten neuen Impulsen für die Politik.

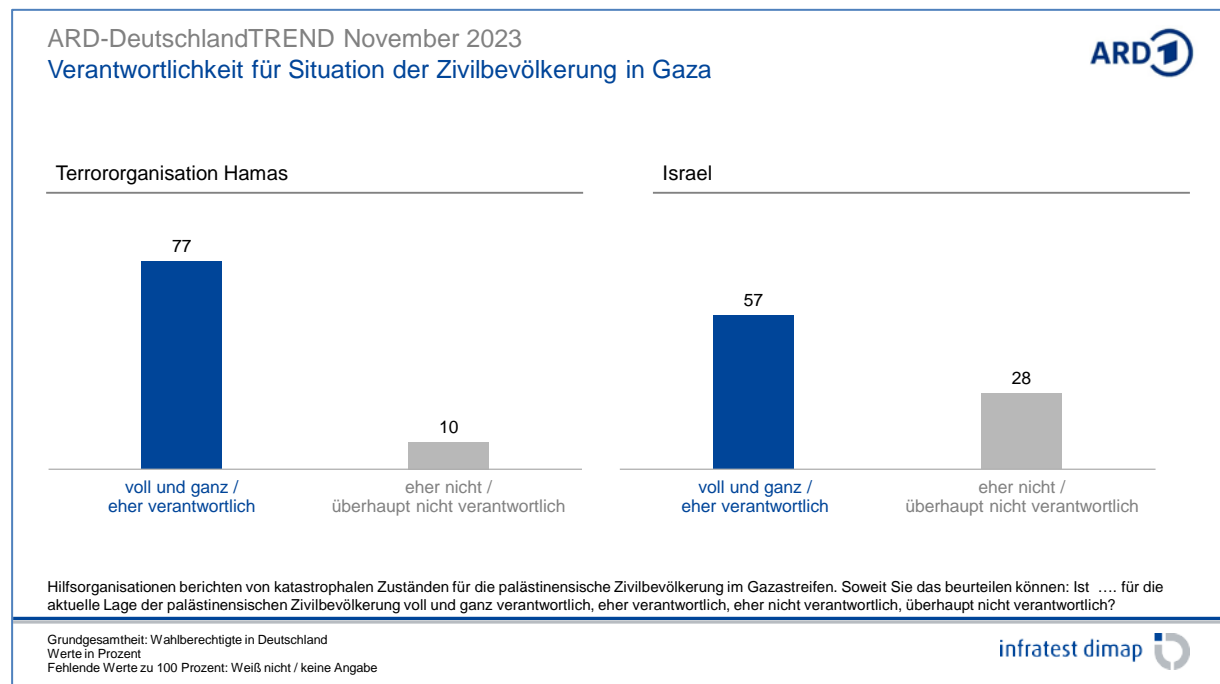
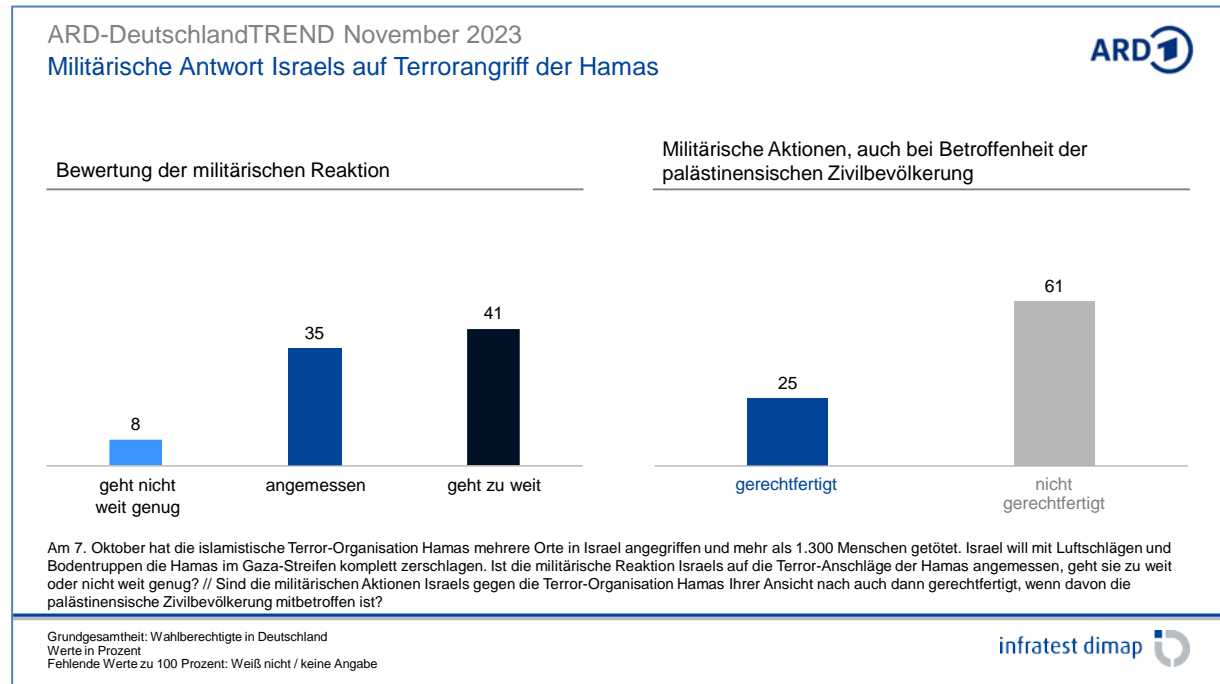
Große Besorgnis über Geschehnisse im Nahen Osten



Mit dem Terrorangriff der islamistischen Hamas vom 07. Oktober ist der israelisch-palästinensische Konflikt neu entbrannt. Die Ereignisse vor Ort sehen die Bundesbürger mit großer Besorgnis. Drei Viertel (74 Prozent) geben an, die aktuellen Geschehnisse im Nahen Osten würden sie sehr stark oder stark bewegen. Acht von zehn (81 Prozent) machen sich Sorgen um die von der Hamas entführten Geiseln. Zwei Drittel (65 Prozent) sind besorgt über die Lage der israelischen Zivilbevölkerung, sieben von zehn (72 Prozent) über die Situation der Palästinenser. Gleichzeitig fürchten acht von zehn (78 Prozent) eine Ausweitung des Konfliktes in der Region.

Geteiltes Echo auf israelische Reaktion, Schonung der Zivilbevölkerung als Maßstab

Die militärische Reaktion Israels auf die Terroranschläge der Hamas bewerten 35 Prozent als angemessen, vier von zehn Bundesbürgern (41 Prozent) geht der Gegenschlag der israelischen Armee zu weit. Prioritär ist aus Sicht der Deutschen eine größtmögliche Schonung der Zivilisten. Dass israelische Militäraktionen gegen die Hamas selbst dann gerechtfertigt sind, wenn davon die palästinensische Zivilbevölkerung mitbetroffen ist, findet keine Mehrheit (25:61 Prozent).

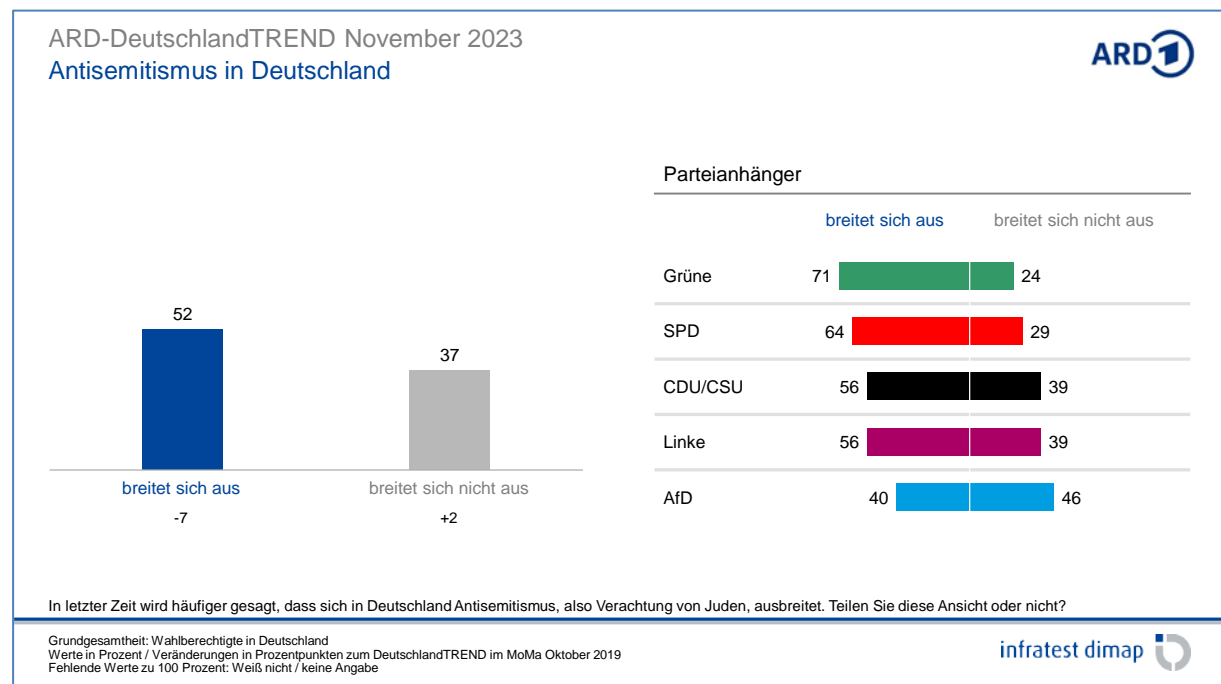


Verantwortlichkeiten für Lage der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen

Von einer Verantwortung für die aktuell schwierige Lage der Zivilbevölkerung im Gazastreifen sprechen die Deutschen keine der Konfliktparteien frei. Drei Viertel der Wahlberechtigten (77 Prozent) sehen die Terrororganisation Hamas eher bzw. voll und ganz in der Verantwortung für die Zustände vor Ort. Aber auch Israel wird von fast sechs von zehn (57 Prozent) für die Situation der Bevölkerung in Gaza in die Pflicht genommen.

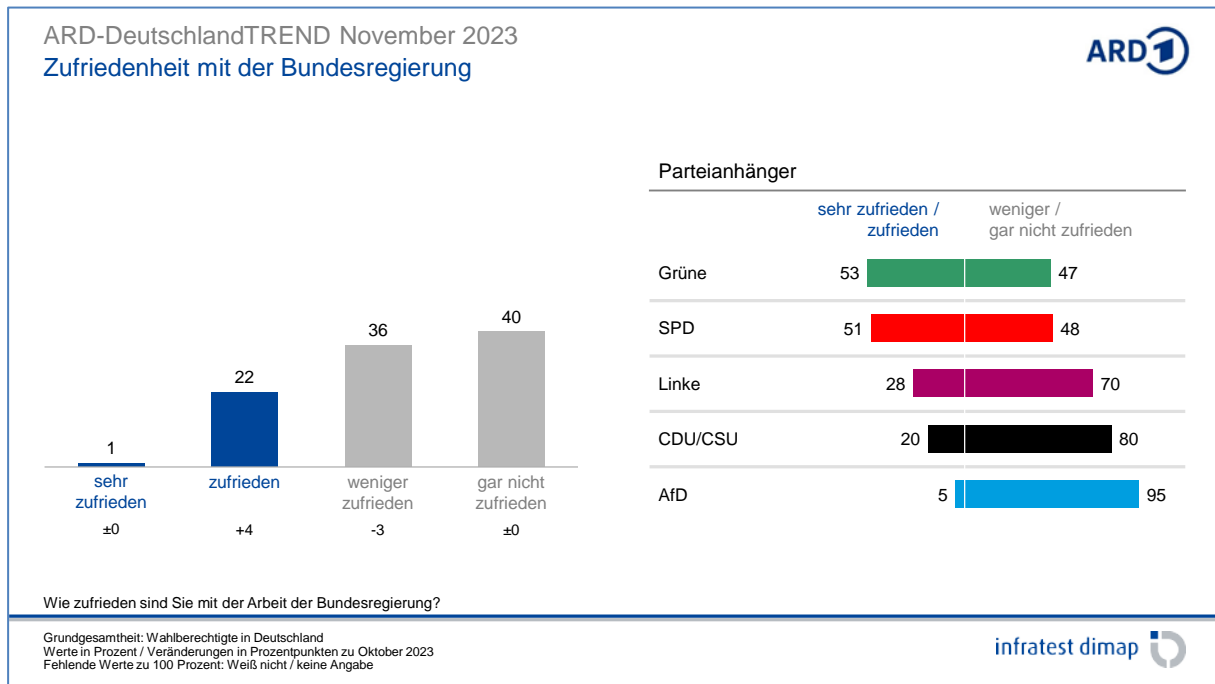
Mehr als jeder Zweite sieht ausbreitenden Antisemitismus in Deutschland

Seit dem Hamas-Angriff auf Israel vom 07. Oktober ist die Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland gestiegen. Gut die Hälfte der Bundesbürger teilt gegenwärtig die Wahrnehmung eines sich in der Bundesrepublik ausbreitenden Antisemitismus (52 Prozent; -7 zu Oktober 2019), knapp vier von zehn (37 Prozent; +2) teilen diese Ansicht nicht. Die Empfindung eines zunehmenden Antisemitismus in der bundesdeutschen Gesellschaft ist damit zwar nicht so stark ausgeprägt wie vor vier Jahren, unmittelbar nach dem rechtsextremen Anschlag auf die Synagoge von Halle mit insgesamt zwei Toten. Der Eindruck eines wachsenden Antisemitismus-Problems in Deutschland überwiegt aber auch aktuell deutlich, wenn auch nicht in allen Wählergruppen.



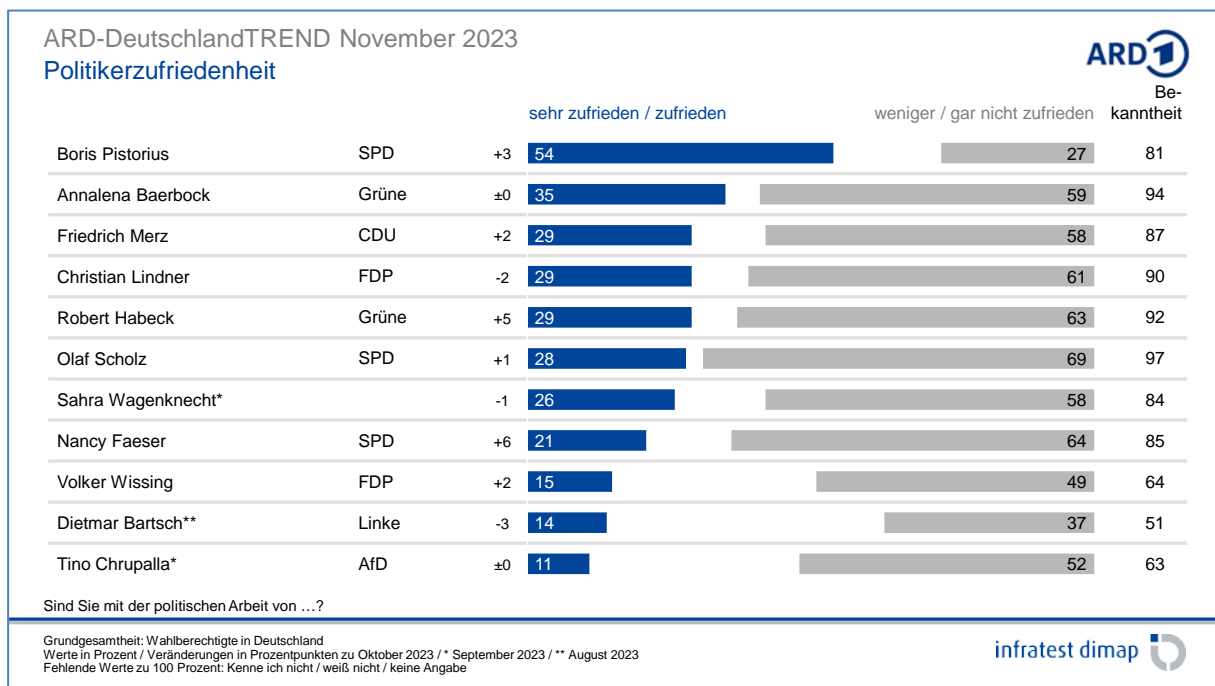
Regierungsbewertung: Unzufriedenheit weiter auf hohem Niveau

Die innenpolitische Situation in Deutschland ist nach wie vor geprägt durch eine massive Unzufriedenheit mit den Berliner Regierungsleistungen. Gegenüber Anfang Oktober fällt das Urteil nur leicht besser aus. Ein knappes Viertel der Wahlberechtigten (23 Prozent; +4) äußert sich wohlwollend zur Arbeit der Bundesregierung, drei Viertel (76 Prozent; -3) üben Kritik.



Politikerzufriedenheit: Merz knapp vor Scholz

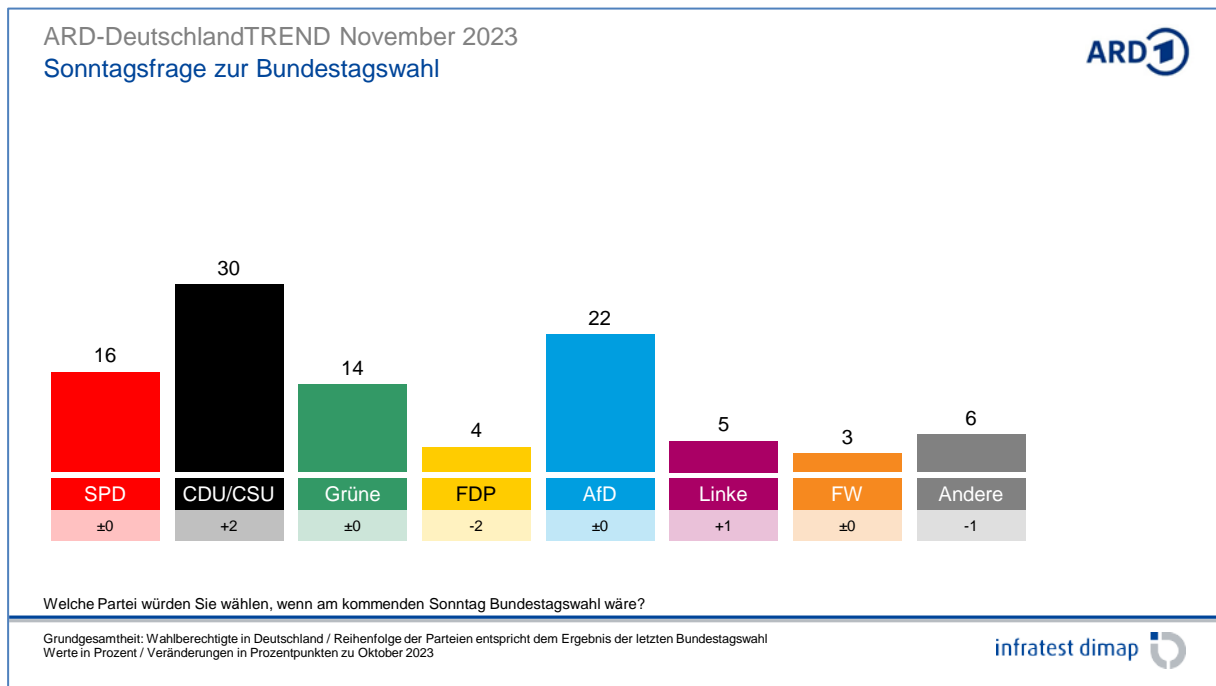
Abgesehen von Verteidigungsminister Pistorius (54 Prozent; +3), den gut jeder Zweite positiv bewertet, sehen sich die Spitzenpolitiker der Ampel-Parteien auch im November weiterhin mehrheitlich negativen Urteilen ausgesetzt. Außenministerin Baerbock überzeugt unverändert gut jeden dritten Wahlberechtigten (35 Prozent; +/-0). Finanzminister Lindner (-2) und Wirtschaftsminister Habeck (+5) erhalten von jeweils knapp drei von zehn (29 Prozent) Zuspruch, Bundeskanzler Scholz von 28 Prozent (+1). Innenministerin Faeser punktet bei 21 Prozent (+6) der Bundesbürger, Verkehrsminister Wissing bei 15 Prozent (+2).



Oppositionsführer Merz legt im Bevölkerungsurteil zu. Mit 29 Prozent (+2) liegt der CDU-Politiker gleichauf mit Habeck und Lindner und erstmals in dieser Legislaturperiode auch knapp vor dem SPD-Bundeskanzler. Die ehemalige Linken-Politikerin Wagenknecht, die für das kommende Jahr die Gründung einer eigenen Partei in Aussicht gestellt hat, überzeugt jeden vierten Wahlberechtigten (26 Prozent; -1 zu September) und damit deutlich mehr als der amtierende Linken-Fraktionschef Bartsch, der bei nur 14 Prozent (-3 zu August) punktet, aber auch lediglich jedem Zweiten ein Begriff ist. Mit AfD-Fraktionsvorsitzende Chrupalla sind 11 Prozent zufrieden (+/-0 zu September).

Sonntagsfrage: FDP unterhalb der Mandatsschwelle

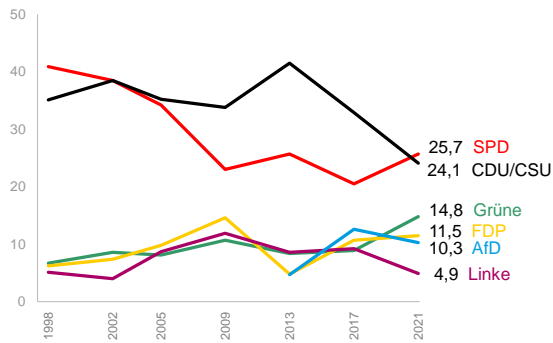
Angesichts der fortgesetzten Unzufriedenheit mit der Regierung bleiben Union und AfD in der bundespolitischen Stimmung im Vorteil. Die CDU/CSU liegt in der Sonntagsfrage mit 30 Prozent (+2 zu Ende September) weiterhin an erster, die AfD mit 22 Prozent (+/-0) an zweiter Stelle. Die Sozialdemokraten hätten unverändert 16 Prozent (+/-0) in Aussicht, die Grünen weiterhin 14 Prozent. Die FDP würde mit 4 Prozent (-2) derzeit an der bundesweiten Mandatsschwelle scheitern. Die Linke könnte dagegen mit 5 Prozent (+1) rechnen. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 9 Prozent (-1), darunter die Freien Wähler mit 3 Prozent.



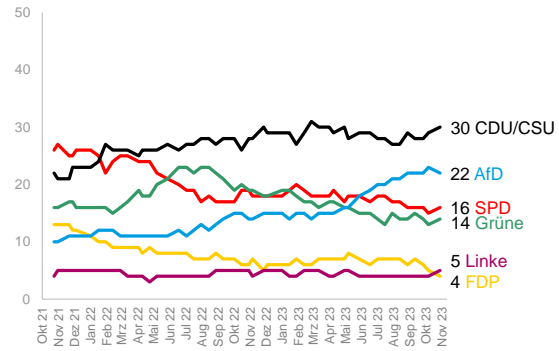
ARD-DeutschlandTREND November 2023
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

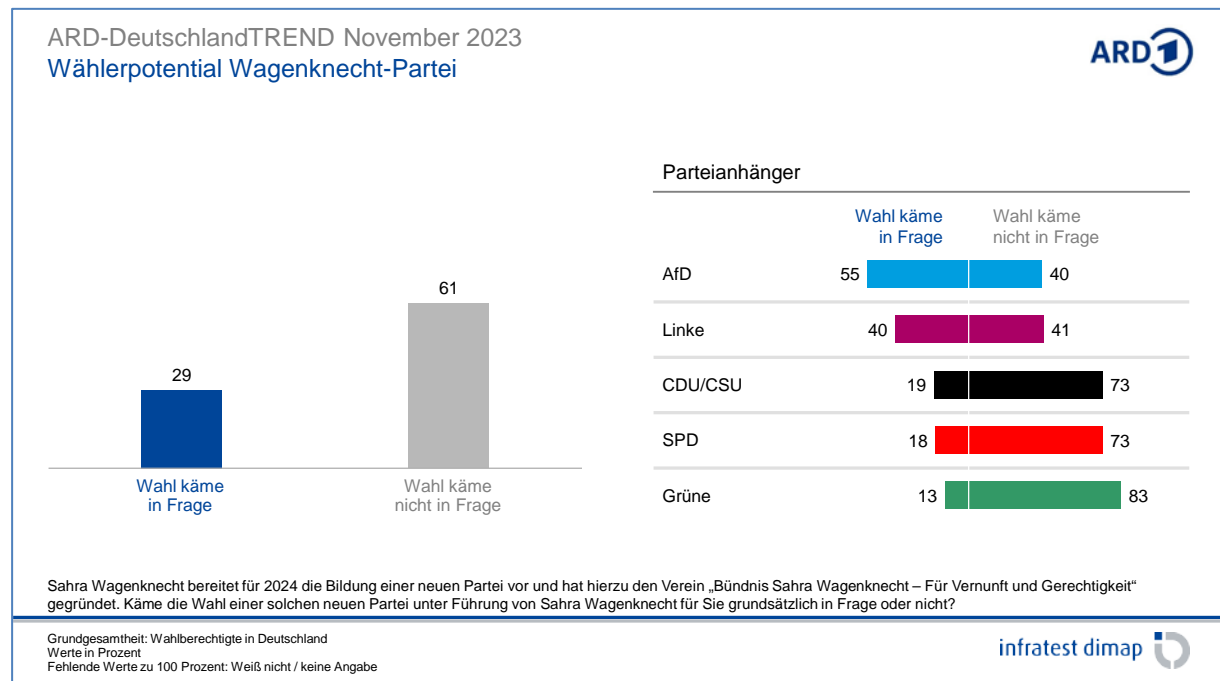
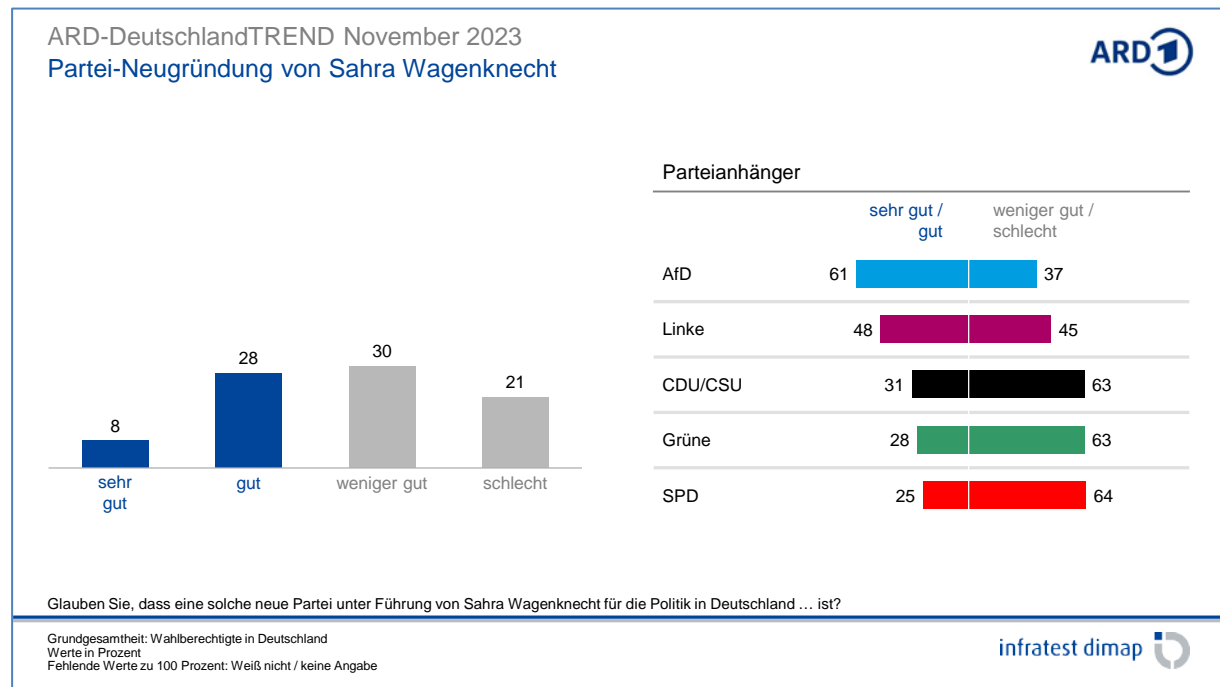
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent



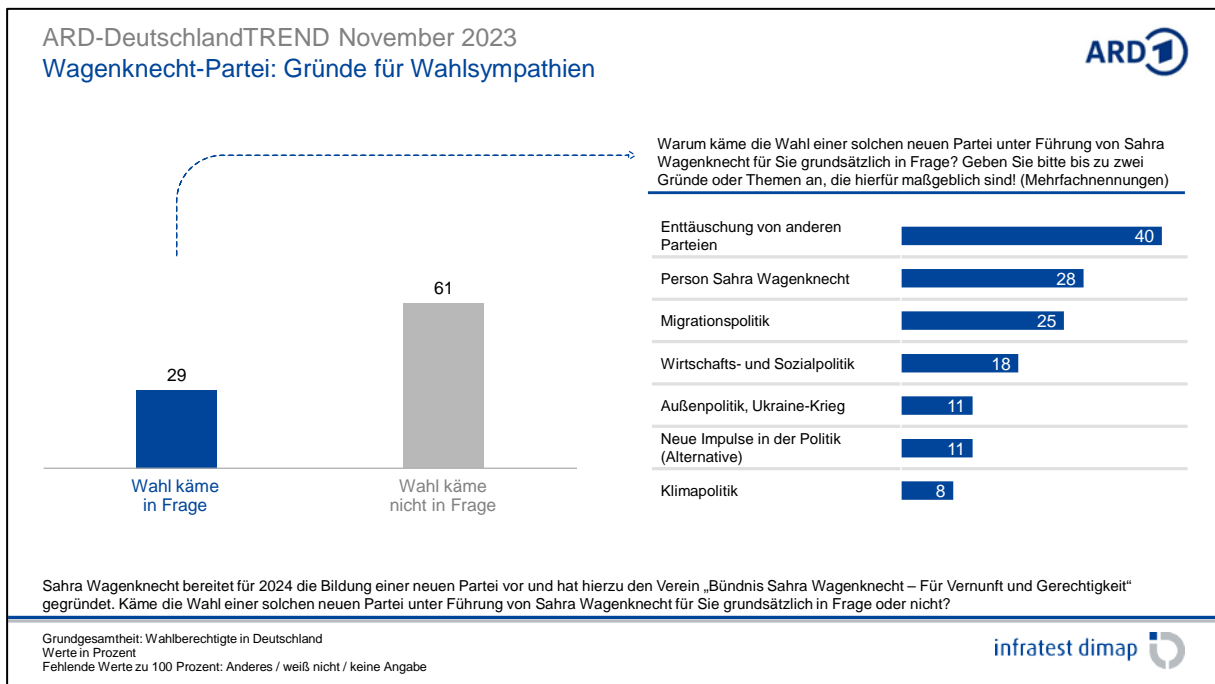
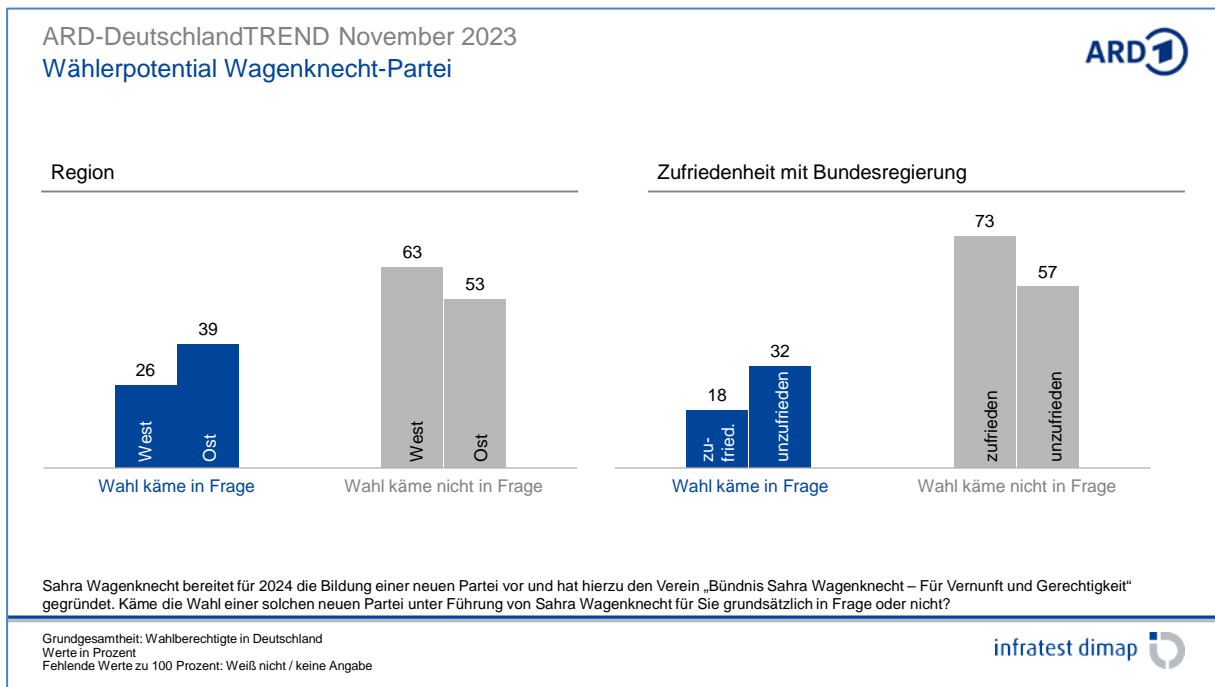
Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Gut jeder Dritte bewertet geplante Wagenknecht-Partei wohlwollend

Nach der Ankündigung von Sahra Wagenknecht zur Gründung einer eigenen Partei im kommenden Jahr steht das hiesige Parteiensystem vor der Bildung einer mit nationalem Anspruch antretenden politischen Formation, die sich – für die Bundesrepublik ein Novum – um eine einzelne Person gruppiert. Dass eine neue Partei unter Führung von Sahra Wagenknecht für die Politik in Deutschland positiv ist, ist eine Meinung, die gut jeder Dritte (36 Prozent) vertritt. Die Hälfte (51 Prozent) ist gegenteiliger Ansicht. Zugleich käme für knapp drei von zehn (29 Prozent) die Wahl der Partei grundsätzlich in Frage.



Mobilisieren will das Projekt vornehmlich bestehende Unzufriedenheiten. Tatsächlich bestehen im Lager der von der Regierungspolitik Enttäuschten mit 32 Prozent etwa doppelt so große Sympathien zur Wahl eines solchen Angebots wie bei den Unterstützern des Berliner Regierungskurses (18 Prozent). Wahlberechtigte im Osten der Republik (39 Prozent) sind empfänglicher für die Wahl einer Wagenknecht-Partei als Bürgerinnen und Bürger im Westen (26 Prozent). Ebenso signalisieren Anhänger der sonstigen Parteien (38 Prozent) und der Linken (40 Prozent), vor allem aber der AfD (55 Prozent) eine überdurchschnittliche Offenheit zur möglichen Unterstützung einer solchen Partei.



Auch die Frage zu den Gründen für eine mögliche Wahl der geplanten Parteinuigründung unterstreicht die Bedeutung verbreiteten Unmuts für den Erfolg bzw. Misserfolg des Projekts. An erster Stelle wird allgemeine Enttäuschung gegenüber den anderen Parteien benannt (40 Prozent). Thematisch hat die Migrationspolitik einen großen Stellenwert (25 Prozent), gefolgt von der Wirtschafts- und Sozialpolitik (18 Prozent) sowie Fragen der deutschen Außen- und Ukraine-Politik (11 Prozent). Für fast drei von zehn (28 Prozent) liefert die Person Wagenknecht selbst das zentrale Argument. Jeder Neunte (11 Prozent) begründet seine Sympathien für das Parteiprojekt mit neuen Impulsen für die Politik.

ARD–DeutschlandTREND November 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Redaktion WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung	
Fallzahl	1.314 Befragte (783 Telefoninterviews und 531 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	30. Oktober bis 01. November 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0